



Dr. Michael Häupl

Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien

In der Wiener Europadeklaration 2011 heißt es: „Die friedenssichernde Funktion der EU ist unbestritten. Die wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung der EU ist es nicht: Hier geht es um die Grundsatzfrage Neoliberalismus versus ein ökologisch und sozial ausgerichtetes Europa.“ Angesichts der von „den Marktkräften“ diktierten Schritte zur Rettung des Euros und zur Sanierung der nationalen Budgets tritt diese Erkenntnis in der öffentlichen Debatte leider immer wieder in den Hintergrund.

Dass zur Überwindung der Verwerfungen ein „Mehr“ an Europa notwendig ist, scheint weitgehend akzeptiert zu sein. Über die wirtschaftspolitische Ausrichtung dieses „Mehr“ muss aber noch gerungen werden. Überwiegend wird derzeit gerade jene Liberalisierungstheorie als Medizin gegen die Krise verwendet, die eine der wesentlichen Ursachen der Krise war. Mit „Mehr vom Selben“ wird eine Gesundung der europäischen Wirtschaften nicht gelingen. Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit als alleiniges wirtschaftspolitisches Ziel, auf Kosten aller anderen Ziele, ist kein zukunftsfähiges Rezept.

Auf kommunaler Ebene ist dies evident. Nur mit einem integrierten, ganzheitlichen Ansatz, der alle Lebensbereiche entsprechend berücksichtigt, kann die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger weiter verbessert werden. Und fast alle kommunalen Handlungsfelder, ob Wirtschaft oder Verkehr, Gesundheit oder Umwelt, Stadtplanung oder Integration, haben heute eine europäische Dimension. Auf diese wirft der vorliegende Bericht eine Reihe von „Blitzlichtern“. Weit entfernt von einer umfassenden Darstellung aller relevanten Aktivitäten der Geschäftsgruppen des Magistrats wird versucht, die Bedeutung dieser auf Europa orientierten Aktivitäten darzustellen und Interesse an ihnen zu wecken. Die „Blitzlichter“ sollen aber auch den wesentlichen Beitrag, den Städte zur zukünftigen Entwicklung Europas leisten, erhellen sowie Argumente gegen eine einseitige neoliberale Orientierung liefern.

In der Hoffnung, dass dies gelungen ist, wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre des vorliegenden Europaberichts 2011.





DI Rudolf Schicker

Klubvorsitzender der SPÖ Wien

Liebe Leserin, lieber Leser!

Krisen, Schutzschirme, Rettungsfonds ausgelöst durch einen überbordenden Finanzmarkt, der selbst vor Spekulationen auf Grundnahrungsmittel nicht zurückschreckt – das vergangene Jahr war immer noch gezeichnet von der weltweiten Rezession und daraus resultierenden sozialen Spannungen; was leider wiederum – indirekt und direkt – den sozialdemokratischen Kurs der Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden mehr als bestätigte. Die Kommunalpolitik erfüllt somit mehr und mehr auch die Funktion eines Ankers: In Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche ist sie gerade für die Bevölkerung in den Städten, wo weltweit neoliberale Auswüchse – der Ausverkauf von Dienstleistungen, die damit einhergehende Gefährdung der Grundversorgung, der so genannten Daseinsvorsorge – immer spürbarer wurden und weiter werden, ein krisensicherer Hafen geworden.

Dem kommt noch zu Gute, dass der Vertrag von Lissabon die Rechte des Europäischen Parlaments und auch die der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nachhaltig verbessert hat. Das ist insbesondere für eine Stadt wie Wien wesentlich. Als Stadt und Land stehen ihr dadurch mehr Mittel zur Verfügung, um als eine eigenständige Kommune auch Daseinsvorsorge gefährdenden Vorstellungen zu begegnen. Im Zusammenwirken von Europäischem Parlament und lokalen und regionalen Vertretungskörperschaften wird es so in Zukunft noch besser möglich sein, Deregulierungs- und Liberalisierungsanstrengungen der Kommissionsdienste entgegenzutreten. Auch die Subsidiaritätsklage, die als ex-post Verfahren eine achtwöchige Einspruchsfrist für den Bundesrat vorsieht, trägt diesem Umstand Rechnung.

„Europäisch denken, lokal handeln“

Unter diesem Motto hat sich daher der SPÖ-Klub im Rathaus in diesem wie in den vergangenen Jahren auch schon für eine starke Stadt-Außenpolitik generell und für europäische Belange insbesondere eingesetzt. Sei es durch hauseigene Veranstaltungsreihen zu EU-Themen für unsere MandatarInnen und BezirksvertreterInnen; sei es durch Entsendungen diverser Delegationen zu Veranstaltungen mit kommunalpolitischen Inhalten, wie bspw. die 19. Konferenz des Sozialwesens im Juli vergangenen Jahres in Warschau zum Thema „Aufbau einer aktiven und solidarischen Gesellschaft“, bei der wir mit insgesamt sieben GemeinderätInnen vertreten waren; oder durch die wichtige Vertretungsarbeit der Vorsitzenden des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten, GRin Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elisabeth Vitouch, u.a. beim Ausschuss der Regionen als Vizepräsidentin der interregionalen Gruppe Donauraum.

Der Klub bemüht sich auch bei seiner jährlich im Burgenländischen Rust stattfindenden Tagung mit internationalem – und vor allem auch europäischem – Know-how zu punkten. Im März 2011 durften wir u.a. die VertreterInnen vier europäischer Städte zum Thema „Vier europäische Städte – vier rot-grüne Wege“ aufs Podium bitten.

In Rust reiften auch erste Überlegungen, wie der Klub seine kommunalpolitische Europakompetenz noch stärker herausarbeiten könnte. Die Idee zu einem Buch entstand. Ungefähr zur selben Zeit begannen wir mit einer groben Themensammlung für dieses „EU-Buch“ – so der damalige Arbeitstitel

– welches nunmehr im Mai 2012, pünktlich zum Europatag, unter dem Titel „Wien - Europa findet Stadt“ erscheinen wird.

Im Juni vergangenen Jahres wurde auch das – im rot-grünen Koalitionsabkommen enthaltene – Rederecht für österreichische Abgeordnete zum Europäischen Parlament (MEPs) im Gemeinderat und Landtag auf Schiene gebracht. Mit der Einführung des Rederechts hat Wien als erstes Bundesland die Rahmenbedingungen zur Aufwertung der europapolitischen Debatten auf kommunaler Ebene geschaffen und liegt damit sogar vor dem Nationalrat. Aber das wirkliche Highlight im letzten Jahr war sicherlich die „Wiener Europadeklaration“.

Die „Wiener Europadeklaration 2011“

Die Wiener Europadeklaration wurde am 10. Mai 2011 – gemeinsam mit den europäischen Leitlinien – einstimmig im Wiener Gemeinderat angenommen und soll die grundlegende Ausrichtung der Wiener Haltung zur EU-Politik festlegen. Beim Entstehungsprozess der Erklärung war der Rathausklub ebenfalls federführend.

Wien und seine Donau

Die Donaoraumstrategie führt uns eindrücklich vor Augen, was wir ohnehin immer schon wussten: Die Donau gehört uns nicht alleine. Der Kultur- und Wirtschaftsraum beeinflusst uns genauso wie unsere Nachbarn. Oder, wie es ein Autor in unserem EU-Buch so schön formuliert hat: „Wir sitzen zwar nicht alle im selben Boot, aber dafür am selben Fluss.“

Ich sage, es wird Zeit, dass wir auch das ändern.



Dr.in Monika Vana

Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin,
Europasprecherin der Wiener Grünen,
stv. Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses
für europäische und internationale Angelegenheiten

Europa am Scheideweg Wer Europa retten will, muss die EU reformieren

Die EU und damit die gesamte europäische Idee stehen vor enormen Herausforderungen: Weiter intergouvernementale Politik auf Basis nationaler Interessen, der Euro als vorrangiges Prestigeprojekt – oder ein politischer Kurswechsel: die EU als soziale, demokratische und ökologische Union, wie wir Grüne sie uns vorstellen.

Die Krise der EU, die nicht nur eine Schulden- und Finanzkrise sondern längst eine Verteilungs- und Demokratiekrise ist, ist Folge eines Systems, das auf entfesselte Märkte, v.a. unregulierte Finanzmärkte, setzt, auf kurzfristige Gewinne statt nachhaltiger Investitionen, auf Finanzblasen statt Realwirtschaft. Die Kosten dieser Fehlentwicklungen trägt die Allgemeinheit, vom Beamten bis zur Supermarktkassiererin: in Form von Stellenabbau, niedrigen Sozialleistungen, wackelnden Pensionen, prekärer Beschäftigung. In den Chefetagen Europas sitzen dennoch dieselben Herrschaften, die die Misere verursacht haben, und beziehen dieselben astronomischen Gehälter und Boni (CheflInnen sind rar, weshalb Kommissarin Reding nun unterstützenswerterweise die Quote auf die europäische Agenda gesetzt hat). Die Staatsschuldenkrise ist nicht primär Folge verschwenderischer Investitionspolitik der öffentlichen Hand, sondern der enormen Bankenrettungs- und Krisenbewältigungsmaßnahmen. Die Krisenverursacher sind die Profiteure der derzeitigen Situation, die Bevölkerung die VerliererInnen. Kein Wunder, dass die EU von vielen als verlängerter Arm der Globalisierung gesehen wird, statt als Instrument, diese sozial und demokratisch zu gestalten.

Die EU als Problemlöser wird zunehmend unglaubwürdig

Es scheint, dass die EU-Staats- und RegierungschefInnen aus der Krise bislang wenig gelernt haben: Fiskalpakt, Europäischer Stabilitätsmechanismus und Six Pack werden Europa nicht aus der Krise führen: Nicht, weil Sparen falsch ist, sondern weil die Festlegung auf ein generelles und striktes Nulldefizit (die Debatte über die „Schuldenbremse“ in der Verfassung war hier der traurige Höhepunkt) ganz Europa gleichzeitig in die Rezession führt – von Griechenland (ein alarmierendes Beispiel der gescheiterten Krisenaufgaben von EU, EZB und IWF, die dieses Land vor unseren Augen in den Ruin führen) bis Österreich, wo von Wirtschaftsforschungsinstituten ein dramatischer Anstieg v.a. der Jugendarbeitslosigkeit für 2013 prognostiziert wird. Die erst unlängst als Nachfolgerin der Lissabon-Strategie beschlossene Europa 2020-Strategie mit ihrer erstmaligen Zielbestimmung der Armutsbekämpfung und Beschäftigungsförderung sowie des Klimaschutzes steht aufgrund der rigorosen Sparpolitik genauso wieder in Frage wie geplante Investitionen und Reformen auf nationaler Ebene.

Auch das rot-grüne Regierungsprogramm in Wien ist betroffen. Welchen Spielraum gibt es künftig noch für nachhaltige Investitionen in Infrastruktur, Städtebau, Daseinsvorsorge und Umweltschutz? Besonders die so essentiellen öffentlichen Dienstleistungen werden seit Jahren von der Binnenmarktstrategie der EU bedroht.

Statt eines wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsels in Richtung Regulierung der Finanzmärkte und Stärkung der Realwirtschaft setzt die EU ihren gescheiterten Kurs fort: keine Finanztransaktionssteuer,

keine Europäische Ratingagentur, keine gemeinsame Steuerpolitik – vor allem aber keine Sozialunion. So wird die Zustimmung zur EU und zur Europäischen Idee langfristig untergraben.

Demokratiedefizit gefährdet Zustimmung zum Projekt Europa

Zunehmend problematisch wirkt sich das eklatante Demokratiedefizit der EU aus. Nicht nur wird die mit dem Lissabon-Vertrag und dem vorangegangenen Verfassungskonvent mühsam erkämpfte Aufwertung des Europaparlaments und Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ad absurdum geführt durch Umgehungen des EU-Rechts: indem – wie mit Fiskalpakt und ESM – völkerrechtliche Verträge geschlossen werden ohne formalrechtlichen Bezug zur EU. Auch die direkte Demokratie in Europa steckt in den Kinderschuhen, obwohl die Teilhabe der BürgerInnen angesichts des hohen Grades der Vergemeinschaftung ein Gebot der Stunde wäre (über 80 % der in den nationalen Parlamenten beschlossenen Gesetze basieren auf EU-Entscheidungen). Mit der Einführung der Europäischen BürgerInneninitiative wurde zwar ein erster zaghafter Schritt in Richtung mehr Teilhabe der BürgerInnen gesetzt, die Hürden für die Teilnahme sind aber immer noch zu hoch (z.B. das von den Grünen öffentlich kritisierte Passerfordernis) und die Idee europaweiter Volksabstimmungen über EU-Verträge ist kein Thema mehr.

Die Folge der Ohnmacht der BürgerInnen gegenüber Europa ist eine zunehmende Skepsis gegenüber der etablierten Parteienpolitik und das rasante Erstarren rechtsnationaler und demokratie- bzw. europafeindlicher Bewegungen in ganz Europa – von Frankreich über die skandinavischen Länder bis Ungarn. Aber auch links der Mitte entstehen neue alternative Bewegungen, v.a. in den Städten: Von Piraten bis Occupy. Die direkte Demokratie in Europa zu stärken, den Rechten einen pro-europäischen Gegenentwurf entgegenzusetzen, BürgerInnen teilhaben zu lassen an Europäischer Politik wird entscheidend sein für das Überleben der EU.

Die Zukunft der EU entscheidet sich u.a. in ihren Städten

Wir als europäische StadtpolitikerInnen haben hier eine klare Verantwortung. Mit dem Lissabon-Vertrag wurde die kommunale Selbstverwaltung gestärkt sowie das Instrument der Subsidiaritätskontrolle für Landtage eingeführt. Mit der Gründung des Europaausschusses des Wiener Gemeinderates und der Umsetzung des Rederechts für EuropaparlamentarierInnen im Wiener Landtag auf Basis des rot-grünen Regierungsübereinkommens hat die Stadt Wien der gestiegenen Bedeutung der kommunalen Ebene in Europa Rechnung getragen. Weitere Schritte – wie die Einführung eines Wiener Europadialogs – werden folgen.

Mit dem Beauftragten der Stadt Wien für Universitäten und Forschung, Alexander van der Bellen, präsentiert sich Wien verstärkt als weltoffene innovationsfreundliche Forschungsmetropole mit dem Augenmerk auf wachsende Zukunftsmärkte. Ein Gebot der Stunde, denn die kontinuierliche Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Universitäten und Forschung ist ein wesentlicher Grund für den „Brain-Drain“, unter dem auch Wien zu leiden droht.

Auch als Partei und im Landtag vertretene Fraktion haben wir Grüne die europaweite Vernetzung, die grenzüberschreitenden Kooperationen und den Austausch von Best Practise im vergangenen Jahr verstärkt. Einige exemplarische Beispiele:

Beim seit 2005 jährlich im Rathaus stattfindenden „Mittleuropäischen Round Table“, zu dem wir KommunalpolitikerInnen aus den Nachbarländern (u. a. Brunn, Budapest, Prag, Sarajewo, Skopje, Warschau und Zagreb) einladen, suchen wir gemeinsame Lösungen für städtepolitische Fragen. Im Rahmen der Europäischen Grünen Partei (EGP), deren Vorstandsmitglied ich seit 2009 bin, wird seit 1996 die europaweite Vernetzung Grüner KommunalpolitikerInnen konsequent vorangetrieben. Ein Treffen in Szombathely mit ungarischen Grünen und NGOs erarbeitete Lösungen für aktuelle Umweltthemen wie die Folgen der Umweltkatastrophe von Kolontár (Giftschlamm). Auch ein Gender Network wurde gegründet und heuer beim 3. Weltweiten Kongress der Grünen auf ein globales Netzwerk ausgeweitet.

Traditionell stark sind Nachbarschafts-Initiativen der Grünen in Form des regelmäßigen Austauschs mit Schwesterparteien, aber auch mit NGOs und neuen alternativen Bewegungen, u.a. in Ungarn.

Die Situation in unserem Nachbarland ist besorgniserregend und erfordert Wachsamkeit: Demokratieabbau, Einschränkung der Pressefreiheit und Verelendungstendenzen gefährden nicht nur die Zukunft Ungarns, sondern sind Themen für ganz Europa. Die Wiener Kommunalpolitik und ihre grenzüberschreitenden Kooperationen stehen im Dienst eines vereinten Europa auf der Grundlage von Solidarität, Menschenrechten und Nachhaltigkeit.



Mag. Wolfgang Jung

Landtagsabgeordneter und Gemeinderat
stv. Klubobmann, FPÖ

stv. Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses
für europäische und internationale Angelegenheiten

Die Arbeit des Europaausschusses hat im vergangenen Jahr, langsam aber doch, Gestalt angenommen. Ein erfreuliches Ereignis war dabei der Auftritt von Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Rathaus – eine Österreichpremiere.

Bei der Umsetzung der Rechte der Bundesländer aus den EU-Verträgen gibt es allerdings noch große Probleme, vor allem was den Zeitdruck zu ihrer Geltendmachung betrifft. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass dies von Brüssel, trotz andersweitiger Beteuerungen, nicht ungern gesehen, wenn nicht sogar beabsichtigt ist. Hier werden die Regionen künftig noch mehr Selbstbewusstsein zeigen müssen und auch die Kooperation mit dem Bundesrat ist dabei noch ausbaufähig.

Uns scheint überlegenswert, auch die Bundesräte aus Wien zu Europadebatten einzuladen, denn es ist wenig verständlich, dass sie, die unsere Vertreter gegenüber dem Bund sind, weniger Möglichkeiten haben als die Bezirksvorsteher. Eine entsprechende Änderung der Bestimmungen dürfte nicht zu schwierig sein. Überhaupt läuft derzeit der Informationsfluss für länderrelevante EU-Materien falsch. Über sie sollte es zuerst im Bundesland, also im Ausschuss, zu einer Entscheidung kommen, damit die Bundesräte dann von ihren Entsendern, den Ländern, Vorgaben erhalten, die gegenüber dem Bund/ Union zu vertreten sind.

Im Zentrum der Europadebatte des vergangenen Jahres stand und steht natürlich die Eurokrise, die auch für Wien nicht ohne Auswirkungen blieb. Besonders negativ sind dabei die Verteuerungen der Frankenkredite und die gestiegene Arbeitslosigkeit. Auch die Folgen des innerösterreichischen Sparpakets werden noch schwerwiegende Folgen für die künftigen Budgets der Länder und Städte haben. Dies wird in Wien erstmalig beim Budgetvorschlag für 2013 schlagend werden.

Wegen zu zweckoptimistischer Annahmen der Bundesregierung hinsichtlich der Einnahmen müssen wir nämlich mit einer „Nachbesserung“ - weiteren Kürzungen der Mittel - verbunden mit „kreativen Abschöpfungsmaßnahmen“ bei den Bürgern und damit Kaufkraftverlust rechnen. Dazu kommt, dass in den südeuropäischen Krisenstaaten der Union (PIGS-Staaten) durch massive „Geldspenden“ zwar Zeit gewonnen wurde, deren Zahlungsprobleme aber keinesfalls gelöst sind. Die eigentliche Eurokrise steht uns noch bevor!

Die Grenzlage Wiens wird, im Zuge von regionalen Kooperationen, immer wieder als Chance hervorgehoben. Es gilt deshalb natürlich, daraus entstandene Vorteile zu nützen, sich aber auch der negativen Seiten bewusst zu sein und – und daran hapert es – wirksame Gegenmaßnahmen einzuleiten. Dies kann allerdings in vielen Fällen nur in Kooperation mit der Bundesregierung erfolgen und hier wäre mehr Druck angebracht.

Große Probleme, vor allem für Klein- und Mittelbetriebe, entstanden durch die dort niedrigeren Lohnkosten. Firmen aus den östlichen Nachbarstaaten, oft mit Tagespendlern arbeitend, sind billiger als heimische Handwerker und verdrängen diese vom Markt. Baufirmen beschäftigen Subunternehmen aus dem Grenzraum und der Schwarzarbeit ist Tür und Tor geöffnet. Wesentlich strengere Kontrollen, auch von Seiten der Stadt, wären angesagt!

Die dort meist günstigeren Steuersätze verlocken nicht nur zur Abwanderung von Betrieben, sondern auch zur Nutzung anderer Gesetzeslücken und zur Umgehung von österreichischen Bestimmungen. Wir verlieren Arbeitsplätze!

Die Nähe zur Grenze erleichtert auch kriminelle Umtriebe. Wenn Täter aus der Reichweite unserer Polizei flüchten können, bevor Einbrüche überhaupt entdeckt werden, ist dies natürlich verlockend. Die steigenden Deliktzahlen, besonders an den Ausfallstraßen/Fluchtrouten, beweisen dies überdeutlich. Die Stadt muss deshalb zu mehr Polizei auf den Straßen drängen.

Die unzureichende Überwachung der EU-Außengrenzen (besonders durch Griechenland) wird zunehmend ein Problem für die Union. Staaten wie Frankreich und die Niederlande überlegen deshalb die Wiedereinführung verschärfter interner Kontrollen. Auch bei uns sollte dies überlegt und die Einhaltung der Meldegesetze genauer geprüft werden.

Wien ist überproportional stark mit der Betreuung von Asylanten, aber auch von Illegalen Zuwanderern belastet. Übernommene Verpflichtungen sind einzuhalten, wir sind aber gegen freiwillige Höherbelastungen auf Kosten der Wiener. Wohin eine falsche regionale Asylpolitik führt, zeigen Beispiele aus der Schweiz, wo Städte, sozusagen als Verzweiflungsmaßnahme, sogar kriminellen Illegalen(!) 4.000,- Franken für eine freiwillige Rückkehr anbieten.

Der Donauraum hatte für Wien schon immer eine große Bedeutung, diese ist durch die Ostöffnung gestiegen und ausbaufähig. Die Kooperation mit den Anrainerstaaten, auch auf Ebene der Länder, soll daher in sinnvollem Ausmaß ausgebaut werden. Zusammenarbeit auf Augenhöhe bedeutet aber auch anteilmäßige Kostenteilung bei gemeinsamen Vorhaben. Institutionalisierte Kontakte und der Austausch von Informationen sind wichtig und weiter ausbaubar, aber materielle „Entwicklungshilfe“ durch die Stadt, ist mehr als 20 Jahre nach der Ostöffnung, nicht mehr angebracht. Die Kosten gemeinsamer Projekte müssen von gleichberechtigten Partnern gleich aufgebracht werden.

Die Zahl der Kooperationen und Projekte, die auf den verschiedensten Ebenen laufen, und die vielen befassten Stellen – einige davon sind in diesem Bericht angesprochen – wird unübersichtlich. Es wäre sinnvoll, alle derartigen Aktivitäten der Stadt zu durchforsten, die Möglichkeit von Zusammenlegungen und gemeinsamen Führungs-/Kontrollinstitutionen, eventuell auch die Beendigung von Vorhaben, zu prüfen, um eine bessere Übersichtlichkeit und Effektivität sicherzustellen. Dies sollte besonders unter dem Gesichtspunkt der zu erwartenden knapperen Mittel künftiger Haushalte geschehen.

Abschließend noch eine Feststellung zur Tätigkeit des Ausschusses. Er arbeitet, aus freiheitlicher Sicht, grundsätzlich positiv, hat seine „Selbstfindung“ aber noch nicht abgeschlossen. Die, wie schon kritisiert, extrem kurze Zeitspanne für Stellungnahmen in Subsidiaritätsfragen ist problematisch und macht manche „Beschlüsse“, weil zu spät, ineffektiv. Wenn sich der Ausschuss ernst nimmt, ist seine endgültige Arbeitsweise dafür noch nicht gefunden. Wir begrüßen darum die Absicht, künftig Sitzungen häufiger und flexibler zu gestalten. Überlegungen zur Verbesserung sollten zweckmäßigerweise auch den Bundesrat einbeziehen.

Die bisherigen Beschlüsse des Ausschusses wurden, häufiger als sonst in der Stadtpolitik, gemeinsam gefasst, was für ein geschlossenes Auftreten nach außen sicher von Vorteil ist. Bei entsprechend rechtzeitiger Information und Miteinbindung sind wir Freiheitlichen deshalb auch künftig zur Kooperation im Interesse Wiens gerne bereit.



Dr. Fritz Aichinger
Klubobmann der ÖVP Wien

Mit Europa zu wirtschaftlicher Stärke!

Europa braucht mehr Raum im politischen Alltag der Stadt Wien, so die Anregung des ÖVP Rathausklubs der Bundeshauptstadt Wien. Der von der ÖVP langjährig propagierte Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten feiert seinen ersten Geburtstag und kann erste Erfolge verbuchen. Auch das von der ÖVP beantragte Rederecht für Abgeordnete zum Europäischen Parlament im Wiener Landtag wurde durchgesetzt und hat seine Bewährungsprobe mit besten Rückmeldungen bestanden. Nun gilt es den geschaffenen parlamentarischen Rahmen bestmöglich für Wien zu nutzen und den europäischen Gedanken im politischen Alltag mit Leben zu erfüllen.

Wien ist Mittelpunkt einer wirtschaftlich starken europäischen Region. CENTROPE ist nicht nur geographischer Mittelpunkt Europas, sondern verfügt auch über wirtschaftlich großen Einfluss innerhalb der EU. Diese ökonomische Stärke der Region gilt es für Wien bestmöglich zu nutzen und auszubauen. Mit dem Ausbau von überregionalen Bildungs- und Ausbildungsprogrammen soll etwa der Qualifikationsgrad der Bürger in der gesamten Region und im Speziellen in Wien gehoben werden. Die Wiener Schulen, Universtitäten und Ausbildungszentren täten gut daran, den Vorteil der zentralen Lage Wiens in der CENTROPE Region stärker zu nutzen. Wien soll schließlich zum Zentrum für Forschung, Lehre, Bildung und Ausbildung in der gesamten Europaregion werden. Es gilt die besten Köpfe nach Wien zu holen und Möglichkeiten zu schaffen, dass diese in unserer Stadt wirtschaftlich aktiv werden.

Die Politik muss stärker kommunizieren, dass wer in Wien ein Unternehmen gründet, bestmöglich bei der Expansion in die Nachbarregionen unterstützt wird. Mit dieser Strategie hat Wien langfristig gute Chancen, seine Marke als Headquarterstandort weiter auszubauen und den Wirtschaftsstandort attraktiv zu halten. Weiters wird sich die Stadtverwaltung konsequenter bemühen müssen, bereits wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen und Konzerne aktiv nach Wien zu holen, um hochwertige Arbeitsplätze nach Wien zu bringen.

Die ÖVP Wien ist der Überzeugung, dass Europa für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar und spürbar sein muss, um die europäische Identität in die Herzen der Wiener zu tragen. Sichtbar im Stadtbild, wo derzeit die Europafahnen auf den Hausdächern statt über den straßenzugewandten Hauseingängen angebracht sind, und spürbar in der Brieftasche, wo durch aktive europäische Standortpolitik am Anfang eines jeden Monats mehr Geld zur Verfügung steht. Erfolgreiche Europapolitik bedeutet aus Sicht der Bürger die Umsetzung erfolgreicher Wirtschafts- und Standortpolitik.

Hier hat Wien sicherlich bereits Schritte gesetzt, doch im Vergleich mit anderen Europametropolen zeigt sich, dass es in Wien in Sachen Standortpolitik noch einiges an Aufholpotential gibt. Die bisherige Entwicklung Wiens in Sachen Europapolitik zeigt klar einen positiven Trend, der weiter ausgebaut werden muss. Die Verknüpfung von Europapolitik und Wirtschaftspolitik muss jedoch in Zukunft weiter verstärkt werden. Die Präsidentschaft Wiens bei der Konferenz der Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen (REGLEG), die Umsetzung der EU-Strategie für den Donauraum

(EUSDR) und der Einfluss im Bereich der EU-Kohäsionspolitik sollen 2012 genutzt werden, um aktive Wirtschafts- und Standortpolitik zu betreiben.

Wien wird in den nächsten Jahren angehalten sein, stärker als bisher wirtschaftsrelevante Projekte im Rahmen der EU 2020 Ziele einzureichen und sich auf seine Stärken im Bereich der Forschung und Entwicklung zu besinnen. Dabei steht neben der Schaffung grenzüberschreitender Forschungsprojekte auch die Schaffung grenzüberschreitender Infrastruktur im Fokus. Logistik, Mobilität und der Umgang mit Energieressourcen werden in Zukunft wichtige Themen der EU-Politik Wiens sein. Die Umsetzung des Credos „alle Wege führen nach Wien“ liegt in Händen der Stadtverantwortlichen, die darauf zu achten haben, dass Wien seine Bedeutung im Bereich der Europäischen Wegenetze auf Schiene, Straße und Wasserwegen nicht verliert, sondern weiter ausbaut. Es gilt Initiativen, wie jene der grenzüberschreitenden Elektromobilität, mit Projekten auszufüllen und konsequent umzusetzen. Ähnlich verhält es sich im Zusammenhang mit dem Wiener Hafen und der Europäischen Straßennetze. Jedoch auch im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik kommen Herausforderungen auf Wien zu, die eine enge Koordination mit den Nachbarregionen verlangen. Die derzeitige Diskussion um Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung und die Pflege von älteren Personen durch qualifiziertes Personal aus den Nachbarstaaten zeigt, dass Europapolitik auch eine hohe sozialpolitische Komponente hat. Es liegt in der Verantwortung Wiens, bedarfsorientierte Lösungen für jene Bürger unserer Stadt zu finden, die auf fremde Hilfe und Dienstleistungen angewiesen sind. Ähnlich verhält es sich im Bereich des Wohnens und der Schaffung von Wohnraum. Auch hier liegt die Verantwortung bei der Stadt Wien, finanzielle Hilfestellung und Unterstützung erfolgt bei kriteriengerechter Umsetzung durch spezialisierte Institutionen der Europäischen Union.

Die Relevanz von Europapolitik innerhalb der Stadt Wien ist enorm. Es gibt keinen Bereich der Verwaltung und der Wirtschaft, der nicht durch Institutionen und Gremien der Europäischen Union beeinflusst wird. Das spiegelt auch der diesjährige Europabericht der Stadt Wien wider. Wien hat sich durch seine aktive Einflussnahme in der Europapolitik wirtschaftlich und realpolitisch einen großen Mehrwert schaffen können. Daher gilt es, eine konsequente Weiterführung und Ausweitung des Engagements Wiens in der Politik der Europäischen Union zu fordern. Damit Wien künftig noch stärker von der Mitgestaltung der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der Europäischen Union profitieren kann.



Prof.in Dr.in Elisabeth Vitouch

Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin, SPÖ
Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für
europäische und internationale Angelegenheiten

Der Europabericht 2011 zeigt erneut auf beeindruckende Weise die Vielfalt des Wiener Engagements auf europäischer Ebene – auch wenn er nur einen kleinen Ausschnitt der tatsächlichen Aktivitäten der einzelnen Geschäftsgruppen der Stadtverwaltung ansprechen kann. Der beispielhafte Querschnitt durch die Arbeit in internationalen Netzwerken oder transnationalen Projekten, durch die vielen Stellungnahmen zu aktuellen rechtlichen Initiativen und die Arbeit politischer Institutionen unterstreicht die Bedeutung der europäischen Rahmenbedingungen im täglichen Leben der Wiener Bürgerinnen und Bürger. Vice versa ist der Beitrag Wiens zur europäischen Integration nicht zu unterschätzen: Erwähnt seien hier nur die Europa 2020- oder die Donauraum-Strategie, die ohne die Mitwirkung der Städte als Motoren und kreative Zentren wirtschaftlichen und sozialen Wachstums nicht vorstellbar wären.

Einen Meilenstein in der Entwicklung bürgernaher städtischer Europapolitik stellte die Einführung des Rederechts für Mitglieder des Europäischen Parlaments im Wiener Landtag und Gemeinderat dar. Beispielhaft für ganz Österreich ermöglicht es, den Bürgerinnen und Bürgern europäische Entscheidungen näherzubringen, die ihr tägliches Leben unmittelbar betreffen. Denn die Politik der EU kann nur dann erfolgreich sein, wenn deren Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar wird.

Diskussionen um die Zukunft der EU dominieren seit Monaten die Medien. Die Finanzkrise steht dabei im Vordergrund. Es wäre jedoch ein Fehler, städtische Europapolitik auf Wirtschaft und Finanz zu reduzieren – auch wenn es naturgemäß brennende Themen sind. Wien hat 2011 mit der Wiener Europadeklaration wieder einmal unterstrichen, dass europäische Wirtschaftspolitik und europäische Sozialpolitik gleichberechtigt nebeneinander gestellt werden müssen. Dass ein ökologisch und sozial ausgerichtetes Europa der einzige Garant für ein prosperierendes Europa sein kann. Die Wiener Europadeklaration fand im neugeschaffenen Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten die Zustimmung aller vertretenen Parteien. Mit ihr unterstreicht Wien jedoch nicht nur die Bedeutung der Europapolitik für die Stadt, sondern macht auch das „Projekt EU“ transparenter für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Der Mehrwert der Europäischen Union für unsere Stadt kann so ihren Bewohnerinnen und Bewohnern besser kommuniziert werden, die demokratische Einbindung in den Entscheidungsprozess wird gewährleistet.

Aus städtischer Sicht sind dabei meist zwei Aspekte besonders relevant: Einerseits die direkten Auswirkungen des EU-Rechts auf die kommunale Ebene, andererseits die Förderpolitiken. Seit einigen Monaten schon werden für die nächste Strukturfondsperiode 2014–2020 sowohl in Brüssel als auch auf nationaler und regionaler/städtischer Ebene die finanziellen und inhaltlichen Weichen gestellt. Die Sichtweisen und Interessen Wiens – nicht nur in der Strukturpolitik - auf Bundes- und EU-Ebene sichtbar zu machen und in den Prozess einzubringen, stand im Vorjahr ebenso auf der Tagesordnung der politischen und beamteten Vertreter Wiens wie die Prüfung der Einhaltung des europäischen Subsidiaritätsprinzips.

Letzteres wurde zur zentralen Aufgabe des neuen Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten: das Prinzip, dass die Mitgliedstaaten die Zuständigkeiten behalten, die sie selbst am wirksamsten wahrnehmen können, und der Gemeinschaft die Befugnisse zukommen, die die Mitgliedstaaten nicht in befriedigender Weise ausüben können, wird auf den unterschiedlichen Entscheidungsebenen unterschiedlich interpretiert. Das Aussprechen einer Subsidiaritätsrüge durch den zuständigen neuen Gemeinderatsausschuss veranschaulicht das Einspruchsrecht zur Wahrung der Wiener Interessen auf europäischer Ebene. Im Rahmen der Strukturpolitik geht es darum, die lange angestrebte und mühsam erkämpfte Anerkennung der städtischen Dimension in ihrer Bedeutung zu unterstreichen und zu verhindern, dass womöglich eingefahrene gegenläufige Interessen die Oberhand gewinnen.

Ein Austragungsort solcher Diskussionen ist der Plenarsaal des AdR. Der Ausschuss der Regionen hat als gemeinsame Stimme der Regionen, Gemeinden und Städte und durch den Vertrag von Lissabon eine Aufwertung erfahren. So ist ihm z.B. das Klagerecht wegen Subsidiaritätsverletzungen zugesprochen worden. Umso größere Bedeutung kommt in diesem Gremium dem Lobbying und der fraktionsübergreifenden Arbeitsweise zu, um speziell die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der städtischen Ebene sicherzustellen. Wien ist höchstrangig durch seinen Landeshauptmann Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Renate Brauner vertreten. Als stellvertretendes Mitglied für den Städtebund im AdR ist mir die Vertretung der Interessen urbaner Zentren auf europäischer Ebene natürlich ein besonderes Anliegen. Die Erfolge und die europaweite Anerkennung für das Wiener Engagement sind Ansporn und Verpflichtung, den eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu gehen, aber auch dafür, neue Akzente zu setzen und der Funktion der Städte als Innovation-Labs gerecht zu werden.

Die Präsenz in EU-Institutionen ist allerdings nur eine Ebene des europäischen und internationalen Engagements der Wiener SP-Landtagsfraktion. Gerade die gegenwärtige Sozial- und Wirtschaftskrise der EU führt die Notwendigkeit einer koordinierten Antwort der europäischen Sozialdemokratie auf gemeinsame Herausforderungen vor Augen, nicht zuletzt auf die erschreckende Macht der Rating-agenturen.

Eine wahrhaft europäische Wirtschaftssteuerung (die mehr umfasst als die Eurozone und anhaltende Forderungen nach noch drastischeren Sparmaßnahmen) wird von den europäischen SozialdemokratInnen dringend verlangt - leider stellen wir derzeit aber nur vier von 27 Regierungschefs (Österreich, Slowakei, Dänemark und Belgien).

Nur das gemeinsame, solidarische Schultern des Risikos (ev. in Form von Eurobonds, jedenfalls aber einer Finanztransaktionssteuer), wäre eine deutliche politische Botschaft an die internationalen Finanzmärkte für eine progressive Reform des Bankensystems, zugunsten der Realwirtschaft und gegen den Casino-Kapitalismus!

Über diese Positionen der SPE-Fraktion im AdR und der S&D-Fraktion im Europaparlament tauscht sich Wien bei vielen Gelegenheiten mit internationalen KollegInnen regelmäßig aus.

Auch der Besuch der Generalsekretärin des europäischen Gewerkschaftsbunds, Bernadette Segol, als Gast der Wiener Frauenkonferenz Mitte April im Austria Center Vienna, bot eine gute Gelegenheit, verschiedene Arbeitszeitmodelle, Nord-Süd-Gefälle, Lohnschere und Gender Budgeting zu diskutieren (Zitat: „Europa ist die Lösung, nicht das Problem!“).

Abschließend möchte ich Ihnen durch diesen Wiener Europabericht 2011 einige erhellende Einblicke in das vielfältige Engagement der Wiener Stadtverwaltung auf europäischer Ebene wünschen. Mögen sie ein Beispiel für die Bedeutung der Städte für die europäische Politik - aber umgekehrt auch für die Bedeutung Europas für seine Städte sein.

